

i.A.22.14.7.3.-CB/BRS

Bern, den 12.6.1989

VERTRAULICHInformations hebdomadaires

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Staatssekretärentreffen der Vier Neutralen	2
2) Besuch Staatssekretärs Blankart in Moskau	6
3) Réunion de la Commission germano-suisse à Berlin, 5 et 6 juin 1989	8
4) Aboutissement des négociations sur la reconstitution des ressources du Fonds international de développement agricole (FIDA)	10



### Staatssekretärentreffen der Vier Neutralen

Am 7./8. Juni 1989 fanden in der Nähe von Wien die jährlichen Konsultationen zwischen den Staatssekretären der Vier Neutralen Staaten statt. Teilnehmer waren die Staatssekretäre Schori (Schweden), Wihtol (Finnland), Jacobi (Schweiz), die sich auf Einladung des Generalsekretärs des österreichischen Aussenministeriums, Klestil, trafen und auch von Aussenminister Mock empfangen wurden. Folgende Themen waren Gegenstand der Beratungen:

#### 1. Westeuropa

Klestil misst dem Entscheid der österreichischen SP, wonach die Integrationspolitik dieser Partei über die jetzige Legislaturperiode hinaus (Herbst 1990) Bestand haben soll, grosse Bedeutung zu. Der Beitrittsentscheid wird vor dem Sommer erwartet. Die Verhandlungen Oesterreichs mit den EG über einen Beitritt mit Neutralitätsvorbehalt werden Jahre beanspruchen und nicht zuletzt auch durch die künftige Entwicklung in Osteuropa beeinflusst werden. Die Sowjets stellen zur Neutralität Fragen, aber sie üben keinen Druck aus. Während die Oesterreicher mit Bezug auf die EPZ keine Neutralitätsprobleme sehen, wird dies von Schori als eines der Hauptprobleme dargestellt. Dies nicht so sehr wegen der Substanz der bisherigen EPZ-Stellungnahmen, sondern wegen des Trends zu noch verstärkter politischer Zusammenarbeit und wegen der nach Aussen offensichtlichen Abstimmung der Positionen. Im Falle einer Zollunion ist nach schwedischer Auffassung ein Neutralitätsvorbehalt unumgänglich.

Die UdSSR zeigen nach Wihtol ein starkes Interesse an EG und EFTA und an einer vertieften Zusammenarbeit zwischen COMECON und EG und EFTA. Sie versuchen sich in Gesprächen mit Finnland umfassend zu informieren, offensichtlich weniger um die Finnen zu beeinflussen als zur Festlegung der eigenen Position.

Die Meinung gewisser Vertreter der EG und der USA, die EFTA könnte als Auffangbecken für liberale Oststaaten (Jugoslawien, Polen, Ungarn) dienen, ist nach Meinung von Jacobi und Wihtol gefährlich. Sie liegt nicht im Interesse der EFTA-Staaten, die sich auf die Verstärkung ihrer eigenen Beziehungen zu den EG konzentrieren sollten. Klestil stösst sich in diesem Zusammenhang am immer wieder zu hörenden Begriff "Austrification of Hungary". Schori sieht ein Problem der EFTA darin, dass sie sich auf den jeweils kleinsten gemeinsamen Nenner einigt. Die Konferenz in Kristiansand wird ein Test sein für die Möglichkeit der EFTA, als Vehikel für eine Annäherung an die EG zu dienen.

## 2. Osteuropa

Schweden und Finnland interessieren sich insbesondere für die Entwicklung in den baltischen Staaten und sind auch bereit, sich dort zu engagieren (Ausbildung, Umwelt). Die Situation in Polen und Ungarn ist labil, in der CSSR bestehen gewisse schwache Anzeichen der Liberalisierung (Anstieg von Auslandsreisen). Rumänien scheint bestrebt, eine osteuropäische Front gegen die Reformer aufzubauen. Beunruhigend ist die Lage in Jugoslawien. Der neue Staatspräsident und der neue Ministerpräsident sowie gewisse Reformmassnahmen sind an sich positiv zu vermerken, doch wird die Zukunft des Landes durch den serbischen Nationalismus, insbesondere auch durch die zunehmende Antagonie zwischen Kroaten und Slovenen einerseits und Serben andererseits, verdüstert. Die Delegation des Europäischen Parlaments, die vor wenigen Tagen nach Kosovo gereist ist, kehrte mit sehr negativen Eindrücken zurück, da es ihr im Gegensatz zu gemachten Versprechungen verwehrt wurde, Oppositionelle zu treffen. Nicht geklärt ist, wie Jugoslawien wirtschaftlich geholfen werden soll und welches Gremium (EFTA, EFTA-EG, OECD, Europarat, UNO (Wirtschaftskommission)) dafür am geeignetsten wäre. Gleiche Ueberlegungen wären hinsichtlich Ungarn und Polen anzustellen.

### 3. KSZE

Les participants ont passé en revue les différentes conférences CSCE. La délégation autrichienne ayant à nouveau évoqué la possibilité qu'à la conférence CSBM de Vienne les quatre neutres présentent une proposition à eux seuls en laissant de côté les non-alignés, il a été souligné du côté suisse l'impérieuse nécessité de tout faire pour sauvegarder l'unité du group N+N, dont le rôle et l'influence reposent en bonne partie sur sa double composition. Comme il est incontestablement difficile, dans les circonstances actuelles, de trouver un dénominateur commun avec la Yougoslavie et que la délégation de ce pays à Vienne ne semble pas avoir la latitude de faire les concessions nécessaires, il a été suggéré de notre part de prendre contact à Belgrade à un niveau politique pour sortir de l'impasse.

### 4. Varia

#### a) China

Erst nach einer Klärung der internen Lage wird es möglich sein zu entscheiden, wie die Beziehungen zu China zu gestalten sind. Offen ist, was die Auswirkungen dieser Ereignisse auf die UdSSR sein werden. Gleiches gilt für hoffnungsvolle Ansätze, unter Mitwirkung der Chinesen Regionalkonflikte zu lösen. Klestil wirft die Frage auf, ob die Ereignisse in China eine Aenderung (Verbesserung!) der Beziehungen zu Taiwan ermöglichen könnten. Offenbar versuchen Vertreter Taiwans in allen vier neutralen Staaten, Erleichterungen bei der Visaerteilung zu erlangen.

#### b) PLO

Schweden wirkt weiterhin als go-between zwischen Israel/USA und der PLO. Die Frage der Anerkennung der PLO, die Gegenstand von Vorstössen in internationalen Organisationen ist, könnte nach der Meinung von Schori an Bedeutung verlieren, falls sich Fortschritte mit Bezug auf die Wahlen in den

besetzten Gebieten ergeben. Arafat benötigt einen diplomatischen Erfolg. Falls ihm die Israeli in dieser Hinsicht entgegenkommen, könnte sich Druck auf Aufnahme der PLO in UNO-Unterorganisationen vermindern. Die PLO wird bekanntlich in Oesterreich durch einen Botschafter vertreten. Auch Schweden denkt an eine Aufwertung des dortigen Vertreters.

c) UN Peace keeping

Schweden und Oesterreich stehen vor finanziellen Problemen, da sie für jede Aktion vor das Parlament gelangen müssen. Der Einsatz schwedischer Polizisten in Namibia wird dem Entwicklungshilfebudget belastet. Finnland steht diesbezüglich besser da. Die Regierung hat allgemeine Vollmachten, bis zu 2000 Soldaten einsetzen zu können.

d) Flüchtlinge

Klestil wirft das Problem zunehmender Flüchtlingströme auf, insbesondere aus den Oststaaten. Die Lage könnte sich verschärfen, wenn sich die Situation in Kosovo verschlimmert. Der Abbau des Eisernen Vorhangs (und der Berliner Mauer?!) würde den Westen vor schwierige Probleme stellen. Eine verstärkte Abstimmung unter Westeuropäern wäre wünschbar.

5. Zusammenarbeit zwischen den Neutralen

Es besteht Uebereinstimmung, dass die Initiative von Bundesrat Felber zu informellen Treffen zwischen den vier Aussenministern die jährlichen Kontakte zwischen den Staatssekretären nicht in Frage stellt. Schori lädt seine Kollegen für nächstes Jahr nach Schweden ein.

Besuch Staatssekretärs Blankart in Moskau

Die erste offizielle Mission Staatssekretärs Blankart in Moskau vom 6.-8. Juni war durch eine ausgesprochen offene, ja freundschaftliche Atmosphäre gekennzeichnet. Sie fiel mit der Durchführung des von Gorbatschow präsierten Kongresses der Volksdeputierten zusammen, der die Medien ebenso wie die Arbeit der Verwaltung weitgehend dominierte. Die integral übertragenen Beratungen, die prickelnde Debattierfreudigkeit der Abgeordneten vermischt mit schonungsloser Kritik an sozialen sowie wirtschaftlichen Missständen und an der Staatsführung faszinierte selbst ausländische Beobachter. Um so mehr verständlich deshalb, dass auch in den Vorzimmern der Gesprächspartner von StS Blankart die TV-Apparate gewissermassen in Permanenz in Betrieb waren.

Die Gespräche mit obersten Vertretern sowjetischer Bank- und Aussenwirtschaftsbehörden, hochrangigen Repräsentanten des Aussenministeriums und von Fachministerien haben den Willen der UdSSR, sich inskünftig vermehrt in die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit zu integrieren, deutlich gemacht. Die bis zur Erreichung dieser Ziele zu überwindenden Hürden namentlich auf binnenwirtschaftlicher Ebene (Preisreformen, Managementausbildung, wirtschaftlich orientierte Arbeitsaufteilung, Infrastrukturausbau, funktionierende "public utilities", Kreditversorgung, Einführung marktkonformer Zinssätze, u. a. m.) dürfen allerdings nicht unterschätzt werden. Sowjetischerseits ist man sich dessen und der damit verbundenen Folgen und Risiken weitgehend bewusst. Nuancen in der entsprechenden Lagebeurteilung kommen allerdings durchaus und ungeschminkt zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den Reformen auf dem Gebiete der Binnenwirtschaft befindet sich die Umstrukturierung der sowjetischen Aussenwirtschaft in vollem Gange. Inzwischen scheinen die Sowjets auch eingesehen zu haben, dass ein zerstörter Marktmechanismus nicht gewissermassen per Knopfdruck wieder funktionstüch-

- 7 -

tig gemacht werden kann. Als Zeithorizont für die Umsetzung der Reformideen in die Praxis sind Grössenordnungen von "10 Jahren" bis "3 Generationen" genannt worden. Was die Konvertibilität des Rubels angeht, kann diese vor Ende der 90er Jahre nicht realisiert werden. Vorgängig bleibt freilich die Warenproduktion auszuweiten und die Basisversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, was angesichts von 47 Mio Sowjetbürgern, welche unter der Armutsgrenze leben (offiziellerseits genannte Zahl), schwierig zu realisieren sein dürfte.

Die Avancen Oesterreichs an die Adresse der EG werden in Moskau mit "Beunruhigung" verfolgt. Befürchtet wird namentlich eine Schwächung der Rolle neutraler Staaten im gesamteuropäischen Schwerefeld. Wirtschaftliche Strafaktionen gegen Oesterreich werden sowjetischerseits nicht ausgeschlossen. Dass diese dort Reaktionen auslösen würden, darf angesichts des relativ nicht unbedeutenden Anteils Osteuropas am Aussenhandel Oesterreichs angenommen werden. Der schweizerischen Variante der EG-Annäherung wurde demgegenüber mit Sympathie und Verständnis begegnet. StS Blankart machte deutlich, dass enger werdende Kontakte der EFTA-Staaten zu den EG-Ländern aus schweizerischer Sicht nicht eine weitere Stärkung der "Festung" Europa, sondern vielmehr deren Oeffnung bezwecken würden.

Aufmerksam wird in Moskau schliesslich die gegenwärtige GATT-Runde verfolgt. Dass die Vorbereitungen eines allfälligen GATT-Beitritts der UdSSR gegebenenfalls erst nach derselben ins Auge gefasst werden könnte, wird in Moskau anerkannt. StS Blankart liess durchblicken, dass sich die UdSSR vorteilhafterweise vorerst ans GATT "anzunähern" hätte, was über die "de facto Anwendung" von GATT-Regeln oder über den Beobachterstatus erfolgen könnte.

Réunion de la Commission Gouvernementale germano-suisse à  
Berlin, 5 et 6 juin 1989

La réunion annuelle de la Commission gouvernementale entre la Suisse et la République Fédérale d'Allemagne a eu lieu pour la première fois depuis sa fondation en 1977 à Berlin-Ouest. Les discussions ont porté principalement sur la situation économique dans les deux pays, sur le développement dans le domaine de l'intégration européenne ainsi que sur un certain nombre de questions bilatérales.

Concernant la situation économique, les Allemands ont fait part de leur satisfaction en soulignant que la période de croissance actuelle dure depuis bientôt sept ans et que les perspectives au-delà de 1989 sont bonnes. Le taux d'inflation ne semble notamment pas avoir pris jusqu'à ce jour en Allemagne la tournure pessimiste que l'on avait généralement escomptée. Seule l'évolution du taux de change du Deutschmark cause une certaine inquiétude chez nos voisins du Nord. Ainsi malgré des excédents croissants de la balance courante, la monnaie allemande a perdu dans les 12 derniers mois 5% de sa valeur par rapport au dollar. Dans la conduite de politique monétaire, la RFA se trouve devant un vrai dilemme, car une augmentation des taux d'intérêts ou une réévaluation du Deutschmark au sein du SME se heurterait à l'opposition de ses partenaires européens et une stimulation de la demande intérieure relancerait l'inflation. Seule une réduction des taux d'intérêts aux Etats-Unis apporterait une solution à moyen terme.

Dans le domaine de l'intégration, l'Allemagne semble être grosso-modo satisfaite du rapport "Delors" sur l'union monétaire. Les Allemands se montrent par contre hostiles à l'idée de convoquer encore durant la présidence française une conférence gouvernementale sur la révision du Traité de Rome. A Bonn et à Francfort on préférerait avancer d'une manière plus réfléchie en commençant par la mise en oeuvre de la

première des trois phases du plan Delors. Pour le reste la partie allemande estime satisfaisants les progrès réalisés dans la mise en oeuvre du marché intérieur durant la présidence espagnole.

Pour ce qui est des **relations entre la Communauté et les pays de l'AELE** les autorités allemandes font preuve d'une certaine compréhension pour notre position plutôt délicate au sein de l'AELE; elles préconisent néanmoins que les mécanismes de négociation entre l'AELE et la CE soient simplifiés et que les négociations bilatérales soient limitées au strict minimum. C'est dans ce sens que la délégation allemande a noté avec satisfaction une disponibilité accrue de la Suisse quant à l'utilisation des procédures multilatérales et a réitéré la position exprimée par Mme Adam-Schwaetzer à Bruxelles, à savoir que l'Allemagne serait d'accord d'introduire des mécanismes de consultation avec les pays de l'AELE sans pour autant leur donner le droit - considéré comme peu réaliste - de participer aux décisions des Douze.

Sous le chapitre des **relations avec les pays de l'Europe de l'Est** il est intéressant de constater que les Allemands - tout en ayant une certaine compréhension pour l'action entreprise par l'AELE en faveur de la Yougoslavie - préconisent de traiter les problèmes de ces pays-là dans le cadre des institutions multilatérales (FMI, Club de Paris) et excluent notamment des plans d'aide bilatéraux de la Communauté avant que la situation politique ait véritablement changé. Dans les déclarations allemandes on a pu noter une certaine mise en garde à l'AELE quant à l'établissement de liens commerciaux préférentiels avec les pays de l'Est, car ceci pourrait avoir des répercussions négatives sur les relations entre la CE et l'AELE.

## Aboutissement des négociations sur la reconstitution des ressources du Fonds international de développement agricole (FIDA)

Le 8 juin à 3 heures du matin les négociations en question ont trouvé leur conclusion au Conseil des gouverneurs du FIDA. Elles avaient commencé il y a 15 mois et traînaient en longueur à cause du manque d'intérêt de la seconde catégorie de donateurs: les pays l'OPEP. Parmi eux l'Arabie séoudite, gros donateur jusque-là, a fait de l'obstruction en tardant jusqu'au 6 juin à révéler le montant de sa contribution et a déçu tout le monde en le limitant à \$ 30 millions alors qu'elle avait apporté \$ 72 millions à la précédente reconstitution des ressources.

Au cours de la session la Suisse - dont la délégation était conduite par M. R. Pasquier - a pris l'initiative de demander que la période à couvrir par les nouvelles ressources soit raccourcie d'une année, afin que le volume annuel disponible soit plus élevé. Le raccourcissement est finalement de 6 mois.

Alors que l'objectif de reconstitution que se fixait la majorité des membres était de \$ 750 millions, le volume atteint est de \$ 522 millions, soit 345 millions provenant des pays de l'OCDE, 124 millions des pays de l'OPEP et 53 millions des pays essentiellement récipiendaires.

Le Conseil des gouverneurs a par ailleurs décidé d'examiner lors de sa prochaine session la base financière et la structure futures du Fonds.

Au total on doit regretter que le niveau de reconstitution soit aussi bas, mais on doit être satisfait d'avoir évité une nouvelle prolongation des négociations.

K. JACOBI



Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

p.B.58.06.4.-AJ/FV

Dir. Gen.	Präsident	Rektor	Gener. Dir.	Fin.	Secrétariat	Suppléant
X	X				Secrétariat pol.	1

wochentx

\*\*\*

Directives politiques hebdomadaires no 19/1989 du 12.6.1989

### Situation en Chine

Depuis le milieu de la semaine dernière, la situation qui prévaut en Chine s'est peu à peu normalisée, du moins en apparence. Un clan de vétérans octogénaires, groupés autour de Deng Hsiao Ping, a réussi à s'imposer. Les instruments habituels de la répression, la dénonciation, les arrestations plus ou moins arbitraires, la désinformation, la propagande, l'intimidation et la terreur sont actuellement à l'ordre du jour. Selon les informations les plus fraîches, la présence militaire à Pékin se fait un peu moins pesante. Cependant, certains indices permettent de retenir comme toujours possible un affrontement entre l'une ou l'autre de ces unités qui ne semblent pas soumises à une autorité commune.

Sur le plan politique, le régime, avec les rigidités institutionnelles et traditionnelles ne s'est pas adapté aux développements économiques de ces 10 dernières années. Les réformistes semblent actuellement avoir perdu la bataille contre les conservateurs.

Nous avons au fond à faire à une crise de société doublée d'une crise de succession. Les conséquences n'en sont pas encore prévisibles mais on peut déjà s'attendre à une période de normalisation

12.6.1989

31.68

Referenzen und Initialen:

Adresse (für Telegramm-Direkt)

Ort:

Empfänger:

Telefon:

Telefax:

Fax:

Telegraph:

Seite:

2

longue et difficile.

La plupart des pays occidentaux se sont élevés contre les événements tragiques de Pékin et ont pris à l'égard de la Chine les mesures suivantes :

- Rapatriement de leurs ressortissants
- Annulation des visites officielles programmées (il n'y en avait pas de prévues avec la Suisse)
- Suspension des livraisons de matériel militaire.

La Suisse a pris des mesures de même nature. Toutes autres mesures seraient prématurées compte tenu de l'état d'incertitude qui prévaut toujours en Chine. De surcroît, il n'entre pas en ligne de compte pour la Suisse d'interrompre ses relations économiques avec le pays. Car la Suisse, en effet, a toujours considéré que les sanctions économiques ne sont pas un instrument valable pour faire changer la politique d'un gouvernement. Néanmoins, une certaine réserve dans nos relations bilatérales, inspirée par notre politique en matière de droits de l'homme, pourrait être observée.

Etudiants chinois en Suisse

Le nombre des étudiants chinois qui fréquentent actuellement nos





Ans: EDA  
Telegrammdienst  
3003 Bern

Referenzen und Anlagen

Adresse (für Fern- oder Dritte)

5

Reformprozess in Osteuropa sowie auf die Beziehungen zu Taiwan.  
KSZE, Fluechtlingsprobleme, Status der PLO, UN-Peacekeeping waren  
weitere Gesprachsthemen. Die Staatssekretaere stimmten darin  
ueberein, dass die Initiative von Bundesrat Felber (Aussenmini-  
stertreffen der Vier Neutralen) ihre jaehrlichen Treffen nicht in  
Frage stellen. (Jacobi)

////

Copie : BRF/JAC/DY/AJ

NNNN

K. J. L.

i. A. 22.14.7.3,

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN  
Presse- und Informationsdienst

Bern, den 13.6.89

CK 14. Juni 89 -9

Interne Verteilerliste + dipl. Vertretungen

Betrifft: IH 24/89 + DP 19/89

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Politischer Dokumentationsdienst, Kanzlei pol. Sekretariat		W 338
KSZE-Dienst	Botschafter Schenk	SBL
Politische Sonderfragen	Minister von Arx	AX
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg Hr. Fivat	LA FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin Hr. Pedotti Hr. Pardo	SIN PGF PR
Dienst Frankophonie	Hr. De Dardel	DJ
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Ruegg Frau Favre	RUE FE
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Robert	RO
Auslandschweizersekretariat	Minister Fetscherin	FN
Koordinator Internationale Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch Minister Erard Minister Gyger	KJP ER GWB
Sektion Vereinte Nationen und intern. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater für europäische Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sektion intern. wissenschaftliche Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Schmid	SCW
Sektion f. kulturelle und UNESCO- Angelegenheiten	Hr. Luciri	LC
Sekretariat der nationalen schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Stettler Minister Godet	KT STR GT
Sektion Völkerrecht	Hr. Spinner	SPI
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals Personalsektion	Hr. von Graffenried Hr. Brogini/Hr. Reich	GRP BRO/RE
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Doswald	DW
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Trinkler Hr. Castelli	TK CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe Stellvertr. Direktor	Botschafter Staehelin Hr. Wilhelm	SFR WM
Delegierter für Katastrophenhilfe im Ausland Vizedirektor	Hr. Rädgersdorf Hr. Giovannini Hr. Dannecker	RAE GI/ DAN
Informationsdienst Multilaterale Angelegenheiten Sektion human. Nahrungsmittelhilfe Forschung und Politik	Hr. Beti Hr. Pasquier Frau Schelling R. Hr. Melzer	BEI PA SGR MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Lorétan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Brunnaderstr. 76, Bern  
(durch Chauffeur zugestellt)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
Asuncion	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	
Damaskus	Marseille	+ Mission permanente de la Suisse
Dar es Salaam	Melbourne	auprès des O.I., Wien
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP